

Abteilung I
la3-11421-2/11
Bearbeitet von: [REDACTED]

Berlin, 6. Juli 2018

SKB
23/17

Termin: 10.07.2018
12:00 Uhr

Frau Staatssekretärin Gebers
Leiterin Leitungsstab

G
10/17

Büro der Leitung
Tgb. Nr. 3845/19 Geo
Ohne Kenntnis vom 7. 2018
#weitergeleitet
Ausz. 20. Juli 2018 Geo

Herrn Bundesminister

hat Minister vorgelegen

Kopie der Vorlage erhalten:
Frau PST'in Kramme
Frau PST'in Griese
Herrn St Böhning
Herrn St Dr. Schmachtenberg
Leiterin Leitungsstab
Leiterin Kommunikationsstab

**Ihr Gespräch mit Frau Katherina Reiche
in Berlin am 10. Juli 2018, 17:00 Uhr**

Anlage: - 10 -

Informationen zum Termin:

Sie führen am 10. Juli 2018 mit Frau Katherina Reiche ein Gespräch über den Strukturwandel in den Braunkohleregionen Lausitz und Rheinisches Revier. Thema dürfte damit auch die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB) sein.

Anbei erhalten Sie folgende Vorbereitungsunterlagen:

- **Sachstandsvermerk zur Kommission WSB (Anlage 1)**
- **Terminplan der Kommission WSB (Anlage 2)**
- **Gemeinsames Grundsatzpapier „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“ der Länder Brandenburg und Sachsen (Anlage 3)**
- **Liste prioritärer Projekte und Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in der Lausitz der Länder Brandenburg und Sachsen (Anlage 4)**
- **Branchenvermerk zur Braunkohleindustrie (Anlage 5)**
- **Faktenblatt: Braunkohleindustrie in Deutschland (Anlage 6)**

- **Faktenblatt: Braunkohleindustrie in der Lausitz (Anlage 7)**
- **Faktenblatt: Braunkohleindustrie im Rheinischen Revier (Anlage 8)**
- **Bewertung des RWI-Gutachtes „Erarbeitung aktueller vergleichbarer Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen“ - Endbericht Stand Januar 2018 (Anlage 9)**
- **Bewertung der Metastudie der Prognos AG „Zukünftige Handlungsfelder zur Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohleregionen“ - Endbericht Stand Februar 2018 (Anlage 10)**

i.V.

Frank Sch. War

Anlage 1

Referat Ia3
Bearbeiter: [REDACTED]

6. Juli 2018

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ - Sachstand -

Das Bundeskabinett hat am 6. Juni 2018 die **Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“** beschlossen. Die Kommission soll laut Einsetzungsbeschluss insbesondere ein Aktionsprogramm erarbeiten, das folgende Schwerpunkte umfasst:

- Schaffung einer konkreten Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern, Kommunen und wirtschaftlichen Akteuren (z.B. im Bereich Verkehrsinfrastrukturen, Fachkräfteentwicklung, unternehmerische Entwicklung, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, langfristige Strukturentwicklung).
- Entwicklung eines Instrumentenmixes, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz zusammenbringt und zugleich Perspektiven für zukunftsfähige Energieregionen im Rahmen der Energiewende eröffnet.
- Dazu gehören auch notwendige Investitionen in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und Wirtschaftsbereichen, für die bestehende Förderinstrumente von Bund und EU effektiv, zielgerichtet und prioritär in den betroffenen Regionen eingesetzt werden und für die ergänzend ein Fonds für Strukturwandel, insbesondere aus Mitteln des Bundes, eingesetzt wird.
- Maßnahmen, die das 2030-er Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung. Aus dem Klimaschutzplan ergibt sich hierfür die Vorgabe zur Verringerung der Emissionen aus der Energiewirtschaft um 61 bis 62 Prozent im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 1990. Für den Beitrag der Kohleverstromung soll die Kommission geeignete Maßnahmen zur Erreichung des Sektorziels 2030 der Energiewirtschaft, die in das Maßnahmenprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans einfließen sollen, vorschlagen.
- Darüber hinaus ein Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, renaturierungs- und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen.
- Ebenso Maßnahmen zum Beitrag der Energiewirtschaft, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels so weit wie möglich zu reduzieren. Hierzu wird die Bundesregierung eine aktuelle Schätzung zur Größe der zu erwartenden Lücke im Rahmen des Klimaschutzberichtes 2017 veröffentlichen.

Die Kommission soll ihre **Empfehlungen** für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie zu ihrer finanziellen Absicherung bereits Ende Oktober 2018 vorlegen. Ihre Empfehlungen für Maßnahmen zum Beitrag der Energiewirtschaft, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis 2020 soweit wie möglich zu verringern, soll sie rechtzeitig vor der 24. UN-Klimakonferenz (COP 24), die vom 3. bis 14. Dezember 2018 stattfindet, vorlegen. Der **Abschlussbericht** der Kommission soll Ende 2018 der Bundesregierung übergeben werden.

Die Kommission wird von einem **Staatssekretärsausschuss** begleitet, der sich aus Vertretern des BMWi, BMU, BMI, BMAS (**Steuerungsgruppe**) sowie der Ressorts BMF, BMEL, BMVI und BMBF zusammensetzt. Steuerungsgruppe und Staatssekretärsausschuss hatten **am 12. Juni 2018 ihre ersten Sitzungen**. Eine **zweite Sitzung der Steuerungsgruppe** fand am **3. Juli 2018** statt. Es wurden auf diesen Sitzungen verschiedene Punkte geklärt, wie Tagungsrythmus der Steuerungsgruppe und des Staatssekretärsausschusses, Informationsfluss mit den Ländern (MPs, CdS), Aufgaben der Geschäftsstelle und diverse Verfahrensfragen.

Die **konstituierende Sitzung** der Kommission fand am **26. Juni 2018** im BMWi statt.

Es wurde auf der konstituierenden Sitzung eine **Geschäftsordnung** verabschiedet. Danach ist die Mitgliedschaft in der Kommission ein persönliches Ehrenamt. Eine Vertretung ist ausgeschlossen. Neben den 28 stimmberechtigten und 3 nicht-stimmberechtigten (MdBs) Mitgliedern haben auch die Vertreter der Ministerien der Steuerungsgruppe sowie der Bundesländer Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt ein Rederecht. Vertreter des BK haben Gaststatus. Die Kommission kann weitere Teilnehmer sowie externe Sachverständige zu ihren Sitzungen hinzuziehen, um mit diesen Fachgespräche sowie Anhörungen durchzuführen. Sie kann zudem empfehlen, dass die Ministerien zu einzelnen Fragen Gutachten in Auftrag geben.

Es wurden **zwei Arbeitsgruppen** gebildet:

- **Energiewirtschaft und Klimaziele** und
- **Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen.**

Nach dem derzeitigen **Zeitplan** wird das Plenum insgesamt noch 6 mal tagen. Die **2. Sitzung** ist für den **13.07.2018** im BMWi vorgesehen. Zwei weitere Sitzungen finden am 23.08.2018 und am 18.09.2018 statt. Die 5. und 6. Plenumssitzung am 11./12.10.2018 bzw. am 15./16.11.2018 sind im Braunkohlerevier Lausitz bzw. im Rheinischen Revier vorgesehen. Die letzte Plenumssitzung soll am 11.12.2018 stattfinden. Dazwischen gibt es jeweils Sitzungen der beiden Arbeitsgruppen.

Hinweis: Der Koalitionsvertrag sieht für den Zeitraum 2018 - 2021 zusätzliche prioritäre Ausgaben in Höhe von 1,5 Mrd. € für den Bereich „Regionale Strukturpolitik/Strukturwandel Kohlepolitik“ vor. Eine Aufteilung der Mittel in die beiden Bereiche „Regionale Strukturpolitik“ und „Strukturwandel Kohlepolitik“ ist noch nicht erfolgt.

Anlage 2

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

Stand: 27.06.2018

Terminplan

Sitzungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sowie der Arbeitsgruppen „Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen“ und „Energiewirtschaft und Klimaziele“

| | |
|----------------|--|
| 26.06.2018 | 1. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung |
| 13.07.2018 | 2. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung |
| 16.07.2018 | 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Energiewirtschaft und Klimaziele |
| 19.07.2018 | 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen |
| 23.08.2018 | 3. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung |
| 27.08.2018 | 2. Sitzung der Arbeitsgruppe Energiewirtschaft und Klimaziele |
| 29.08.2018 | 2. Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen |
| 18.09.2018 | 4. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung |
| 24.09.2018 | 3. Sitzung der Arbeitsgruppe Energiewirtschaft und Klimaziele |
| 26.09.2018 | 3. Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen |
| 11./12.10.2018 | 5. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung Sitzungsort: Lausitz |
| 24.10.2018 | 4. Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen |
| 25.10.2018 | 4. Sitzung der Arbeitsgruppe Energiewirtschaft und Klimaziele |
| 15./16.11.2018 | 6. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung Sitzungsort: Rheinisches Revier |
| 26.11.2018 | 5. Sitzung der Arbeitsgruppe Energiewirtschaft und Klimaziele |
| 28.11.2018 | Ggf. 5. Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen |
| 11.12.2018 | 7. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung |

Grundsatzpapier „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“

Die Lausitz ist ein wirtschaftlich attraktiver Standort, sie ist Heimat, Anziehungspunkt für Fachkräfte, eine Region mit Tradition und Zukunft. Sie zu erhalten und zu stärken ist das Ziel der Länder Brandenburg und Sachsen.

Globalisierung und internationaler Wettbewerb ebenso wie die Umwelt- und Klimapolitik bestimmen das Wirtschaftsleben der Region und sorgen für eine Beschleunigung des Strukturwandels. Die Zukunft der Lausitz hängt maßgeblich davon ab, dass dieser Strukturwandel gestaltet wird. Unternehmen sind auch als Zulieferer oder Dienstleister in die Wertschöpfungsketten der Braunkohleindustrie eingebunden. In der gesamten Lausitz hängen rund 24.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle ab.

Beide Landesregierungen stehen zu ihrer Verantwortung, die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Strukturwandel zu schaffen und treten dafür ein, dass...

- bei der weiteren Ausgestaltung der Klima- und Energiepolitik in Deutschland und Europa den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz ausreichend Zeit und Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden, um die Strukturentwicklung nachhaltig gestalten zu können;
- es nicht auf der einen Seite Gewinner und auf der anderen Seite Verlierer der Energiewende gibt und die Lausitz ihren Bewohnerinnen und Bewohnern weiterhin ein attraktives und lebenswertes Zuhause bietet;
- die Lausitz als Modellregion des Strukturwandels angesehen wird und sie dabei mit zusätzlichen flexiblen und bürokratiearmen Finanzierungs- und Förderinstrumenten des Bundes und der EU ausgestattet wird, um die für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, Investitionen und Pilotprojekte finanzieren und Veränderungsprozesse langfristig begleiten zu können;
- die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Region durch Weiterentwicklung der unternehmerischen Potenziale im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Veränderungen steht;
- die Sicherung und Schaffung von hochwertigen und fair bezahlten Arbeitsplätzen in der Lausitz, und hier insbesondere von Industriearbeitsplätzen, prioritär sind;
- zukunftsfähige Arbeitsplätze auf der Grundlage von Innovationen entstehen; gemeinsame Ziele sind deshalb die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit der Lausitz und die enge Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft in der Region;
- mit einer „Gründungsoffensive Lausitz“ Unternehmensgründungen systematisch entwickelt und gefördert sowie ein integriertes Maßnahmenkonzept zur Sicherung ausreichender und geeigneter Fachkräfte erarbeiten und umsetzen werden;
- ein partnerschaftlicher, konstruktiver und kontinuierlicher Austausch zwischen den Ländern Brandenburg und Sachsen, dem Bund, der EU sowie den regionalen Vertretern der Lausitz geführt wird;
- der Dialog mit den betroffenen Kreisen und Kommunen weiter intensiviert und dafür die vorhandenen Arbeitsstrukturen flexibler und belastbarer weiterentwickelt werden;
- die Partner in der Lausitz geschlossen auftreten und Initiativen gegenüber dem Bund bzw. der Europäischen Union miteinander abstimmen;
- die Lausitz den Schulterschluss mit anderen Energieregionen sucht;
- die kulturellen Prägungen der Lausitz im Allgemeinen sowie ihre sorbische Identität im Besonderen beachtet und weiterhin erhalten werden.

Die Lausitz: eine Region mit starker Industrietradition

Bergbau- und Rohstoffindustrie, Glasproduktion und Textilgewerbe sorgten bereits in vergangenen Jahrhunderten für Wachstum und Wohlstand, für Aufbruch und Fortschritt.

Nach 1990 hat die Lausitz bereits einmal tiefe Einschnitte erlebt. Alleine in der Bergbauindustrie gingen 90 Prozent der Arbeitsplätze verloren. Zahlreiche junge Frauen und Männer haben die Region verlassen. Zehntausende Lausitzerinnen und Lausitzer verloren ihre Arbeit und mussten sich neu orientieren.

Aber: Die Menschen haben sich diesen Veränderungen gestellt, den Blick nach vorne gerichtet und Chancen genutzt. Diese Leistung hat Respekt und Anerkennung verdient.

Die Länder Brandenburg und Sachsen, der Bund und die EU haben mit erheblichem Fördermitteleinsatz zu dieser positiven Entwicklung einen wichtigen Beitrag geleistet. Mit den Wirtschaftspolitiken der beiden Länder Brandenburg und Sachsen wurden und werden Zukunftsbranchen gezielt unterstützt. Von 1990 bis 2016 sind alleine im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) rund 4,2 Milliarden Euro Fördermittel in die Lausitz geflossen. Neben der Energiewirtschaft haben sich dank dieser Förderpolitik weitere Branchen wie die Metallindustrie, die Kunststoff- und Chemieindustrie, der Anlagen-, Fahrzeug- und Maschinenbau, die Textilindustrie, die Ernährungsindustrie und die Papierindustrie fest etabliert.

Der Tourismus ist als Wirtschaftszweig hinzugekommen. Rund 100.000 Besucherinnen und Besucher zieht es jährlich ins Lausitzer Seenland, mit steigender Tendenz. Die weitere Entwicklung des Seenlands wird nicht nur den Reisemarkt beflügeln; sie wird auch die Lebensqualität der Region stärken und somit die Anziehungskraft auf Rückkehrer, Fachkräfte und junge Familien erhöhen.

Auf was es jetzt ankommt

Die Bevölkerung und die Wirtschaft sind auf eine jederzeit verfügbare, technisch und wirtschaftlich zuverlässige Energieversorgung angewiesen. Trotz wachsender Bedeutung der erneuerbaren Energien gilt weiterhin, dass konventionelle Energieträger wie die Braunkohle nach wie vor einen unverzichtbaren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und somit auch zur Sicherung von Industriearbeitsplätzen leisten müssen.

Auch für die wirtschaftliche Strukturentwicklung brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Die Menschen, die Unternehmen, die Kommunen in der Lausitz benötigen Zeit, um neue wirtschaftliche Betätigungsfelder zu entwickeln.

Ein ganz wesentlicher Fokus muss hierbei auf den Entwicklungspotenzialen der Bestandsunternehmen liegen. Diese sind teils seit vielen Jahren in der Region aktiv und verfügen über enge gegenseitige Verflechtungen. Die Unternehmer und Mitarbeiter in den Betrieben sind der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit der Lausitz.

Auf Landes- und Bundesebene stehen verschiedene Förderprogramme bereit, um die Wettbewerbsfähigkeit der Lausitzer Unternehmen zu stärken.

Zusätzliche zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen dann, wenn sie wettbewerbsfähig sind. Dafür sind Innovationen von zentraler Bedeutung. Ziel muss die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit der Lausitz sein und die enge Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft durch einen systematischen Wissens- und Technologietransfer.

Die 2016 ins Leben gerufene Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL) berät und unterstützt ebenso wie die Kammern und die Wirtschaftsförderungen Unternehmen dabei, Innovationsprojekte anzustoßen und umzusetzen sowie neue Geschäftsfelder zu entwickeln, um auf Wachstumsmärkte vorzustoßen.

Ein wichtiges zusätzliches Element muss die Entwicklung von überregionalen und internationalen Kooperationsbeziehungen zu starken Innovationsstandorten und -akteuren sein, an und mit denen die Region wachsen kann.

Auch die Qualifizierung von Unternehmen zur Teilnahme an Programmen wie Horizont 2020 und ZIM¹ soll weiter gestärkt werden.

Mit dem neuen „Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg“ (IMI) steht zudem an der BTU Cottbus-Senftenberg eine Anlaufstelle bereit, die Unternehmen insbesondere bei Digitalisierungsvorhaben begleitet. Ebenso gewährleistete die Hochschule Zittau-Görlitz die Ausbildung und den Technologietransfer in die Region.

Neugründungen und -ansiedlungen müssen ebenfalls gesteigert werden. Dafür müssen u.a. Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer verbessert werden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung von Gründerzentren bzw. die Unterstützung von Acceleratoren und Inkubatoren und die Verfügbarkeit schneller Breitband-Verbindungen.

Um das vorhandene Fachkräftepotenzial in der Region erfolgreich zu entwickeln, bedarf es einer breit angelegten Strategie, die sowohl auf den vorhandenen energie- und technologielevanten Kompetenzen aufbaut als auch flexibel auf die Bedarfe von Neuansiedlungen und Ausgründungen reagiert. Die Kompetenzentwicklung in der Lausitz sollte entsprechend entlang der gesamten Bildungskette erfolgen sowie die unterschiedlichen Stadien der Unternehmensentwicklung berücksichtigen. Durch die Bündelung von innovativen Lern- und Lehrangeboten, die auf einem hohen technischen Niveau und in Kooperation mit wichtigen Unternehmen und Einrichtungen in der gesamten Region realisiert werden, kann sich die Lausitz als gemeinsame Bildungsregion mit den Schwerpunkten Industrie und Handwerk etablieren. Überregionale Ausstrahlungseffekte tragen dazu bei, Fachkräfte für die Lausitz zu gewinnen und steigern zugleich die Attraktivität für insbesondere junge Menschen, in der Region zu verbleiben.

Die angesiedelten Hochschulen können hierbei wesentliche Kompetenzen zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften aus vom Strukturwandel betroffenen Sachgebieten noch intensiver bereitstellen und damit den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Lausitz stärken und profilieren.

Darüber hinaus stellen insbesondere die kulturellen Akteure und Einrichtungen wichtige Identifikationspunkte zur Verfügung, um die Menschen, Betriebe, zivilgesellschaftlichen und administrativen Strukturen und Akteure vor Ort auf den Wandel vorzubereiten und sie im Veränderungsprozess zu begleiten.

Da es nur durch eine flächendeckend gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur gelingen wird, die Attraktivität des Standorts Lausitz zu sichern und zu steigern, muss diese in der Strukturpolitik oberste Priorität genießen. Viel schneller als bisher geplant müssen Investitionen des Bundes u.a. in Schienenverkehrsinfrastruktur, in Fernstraßen sowie in die digitale Infrastruktur erfolgen.

¹ Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand

Gleichzeitig muss auch die soziale Infrastruktur erhalten werden. Nur bei einer qualitativ hochwertigen Bereitstellung der sozialen Infrastruktur werden insbesondere junge Fachkräfte die Region auch perspektivisch als lebenswerten Raum für Familie wahrnehmen.

Der Bund muss außerdem alles in seinem Einflussbereich stehende tun, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Lausitz zu sichern.

Der Strukturwandel hat immer eine räumliche Dimension. Die Zusammenarbeit aller Lausitzer Kommunen ist entscheidend für den gemeinsamen Erfolg. Die hierfür vorgesehene Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) soll v.a. die kommunalen Anstrengungen zur Standortentwicklung und -profilierung koordinieren und als kommunal getragene, länderübergreifende Gesellschaft Projekte zur Wirtschaftsförderung und zum Standortmarketing im größeren Zusammenhang initiieren.

Was jetzt zu tun ist

Auch wenn bereits umfangreiche Instrumente geschaffen wurden, um die Region bei ihrer stetigen Entwicklung zu begleiten und strukturpolitisch bedingte Nachteile abzuschwächen, ist wegen der anstehenden Herausforderungen ein neuer Impuls notwendig.

Die Region braucht in den kommenden Jahren mehr denn je eine forcierte, langjährig ausgerichtete und finanziell abgesicherte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und der kommunalen Ebene.

Diese Unterstützung muss im Rahmen einer verbindlichen, auf mehrere Jahre angelegten Vereinbarung zwischen dem Bund und den beiden Ländern festgeschrieben werden, die sowohl die Höhe der Finanzmittel, ihre flexiblere Einsatzmöglichkeit als auch die Verfahrensweise zur Umsetzung regelt. Sie muss deutlich über die bislang in die Region geflossenen und über die im Rahmen der noch laufenden Programme bereits fließenden Fördergelder hinausgehen. Dies kann u.a. durch vorrangige Berücksichtigung der Region bei Investitionsplanungen, prioritären Zugang der Region zu bestehenden Förderinstrumenten und die Schaffung eines flexibel einsetzbaren Fonds umgesetzt werden. Damit könnten u.a. integrierte, komplexere Projekte z.B. der Stadt- oder Regionalentwicklung und Innovationsprojekte finanziert werden, die sich bisher nicht einem der vorhandenen Programme zuordnen lassen.

Bereits für die kommenden Jahre erwarten die Länder als Nachteilsausgleich den Einstieg des Bundes in die zusätzliche Förderung. Vorgeschlagen wird, zunächst für einen Zeitraum von 5 Jahren zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 1,2 Mrd. € für die Unterstützung der Strukturentwicklung in der Lausitz zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2019 sollen die ersten 200 Mio. € bereitgestellt werden. Der Betrag soll in den folgenden Jahren jeweils um 10% erhöht werden. 2022 soll die Höhe der Mittelbereitstellung überprüft und für die Jahre ab 2024 neu festgelegt werden. Die Länder erwarten, dass der Bund über die bisher geplanten, in seine Zuständigkeit fallenden Vorhaben hinaus in den Bereichen Bahn, Straße und Breitband weitere Infrastrukturmaßnahmen ergreift.

Bereits begonnene Maßnahmen, die Ideensammlung aus einer Befragung der Region und weitere Projekte müssen gebündelt, koordiniert und sichtbar gemacht werden, um eine neue Aufbruchsstimmung im Wege der Strukturentwicklung anzustoßen.

Für diese Strategie lassen sich bereits jetzt fünf wesentliche Handlungsschwerpunkte ableiten:

- Infrastrukturentwicklung,
- Innovation, Forschung und Wissenschaft,
- Wirtschaftsförderung und -entwicklung,

- Fachkräfteentwicklung,
- Marketing, Kultur, Kunst und Tourismus

Die Landesregierungen werden ihre Förderstrukturen für die Region prioritär nach diesen Schwerpunkten ausrichten.

Neben der Bundesregierung ist auch die Europäische Union in der Verantwortung. Brandenburg und Sachsen begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft der Europäischen Union, die sich im Strukturwandel befindlichen Regionen gezielt zu unterstützen. Sonderregelungen im Rahmen der Förderpolitik sind nur im europäischen Rahmen erreichbar und sollten sowohl für die Lausitz als auch für andere Regionen mit vergleichbaren Herausforderungen erwogen werden.

Ein stärkerer Austausch mit anderen vom Strukturwandel betroffenen Regionen in Europa ist ebenfalls anzustreben, damit die Belange dieser Regionen in neu zu entwickelnde Fördermaßnahmen einfließen können. Der Strukturwandel hat räumlich unterschiedliche Gesichter, bringt im Kern aber vergleichbare Herausforderungen mit sich. Eine Kooperation der Regionen wird daher im Interesse aller sein.

Prioritäre Projekte und Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in der Lausitz (Teil Brandenburg)

Der Strukturwandel in der Lausitz wird sich über viele Jahre erstrecken. Die hier aufgeführten Projekte und Maßnahmen sind dementsprechend eine erste Auflistung, die mit der Region abgestimmt ist und noch keinen abschließenden Charakter hat. Weitere Projekte sollen und werden in den kommenden Jahren noch hinzukommen.

Die aufgeführten Projekte und Maßnahmen sollen dem Bund die strukturpolitischen Prioritäten Brandenburgs projektbezogen und beispielhaft aufzeigen und zur Strukturierung des weiteren Arbeitsprozesses dienen. Ihre Umsetzung kann nur mit Unterstützung des Bundes gelingen.

Den fünf Handlungsschwerpunkten

- Infrastrukturentwicklung,
- Innovation, Forschung und Wissenschaft,
- Wirtschaftsförderung und -entwicklung,
- Fachkräfteentwicklung,
- Marketing, Kultur, Kunst und Tourismus

lassen sich die folgenden Projekte zuordnen:

I. Infrastrukturentwicklung

Die verkehrsinfrastrukturelle Vernetzung der Lausitz mit den Arbeitsmarktzentren Berlin, Leipzig, Dresden und dem polnischen Breslau ist Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel. Viel schneller als bisher geplant müssen Entscheidungen des Bundes für zusätzliche Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur, in Fernstraßen, in Projekte der Stadt- und Regionalentwicklung, in Projekte im Zusammenhang mit der Braunkohlensanierung sowie in die digitale Infrastruktur erfolgen.

Folgende Verkehrsprojekte bedürfen einer abschließenden (positiven) Bewertung seitens des Bundes bzw. sind von Bundesseite kurz- und mittelfristig umzusetzen:

- Sechsspüriger Ausbau der A13 vom Schönfelder Kreuz bis zum AD Spreewald (Aufnahme in den VB des Bedarfsplanes)

- Ausbau der Bahnstrecken zwischen Cottbus und Dresden bzw. Leipzig
- Der zweigleisige Ausbau der Bahnverbindung Cottbus-Lübbenau
- Die Elektrifizierung der Bahnstrecken Cottbus-Görlitz und Cottbus-Forst
- Ausbau von für die Verbindung Berlin – Lausitz wichtigen Einzelprojekten im Knoten Berlin (z.B. Bhf Königs Wusterhausen)
- Ausbau eines Gigabit-Glasfasemetzes

Darüber hinaus sind für die Infrastrukturentwicklung der Lausitz die Maßnahmen im Rahmen der B 169 und B 97 von großer Bedeutung, für die bereits positive Investitionsentscheidungen seitens des Bundes vorliegen.

Wichtige infrastrukturelle Projekte im Bereich Stadt- und Regionalentwicklung sind:

- Elektromobilität im Quartier (Innenstädten) und/oder Entwicklung der Elektromobilität in Stadt und Region Cottbus
- Energieeffiziente Infrastrukturprojekte im Quartier, z.B. im Quartier Freizeit- und Erholungsareal Forst, Klimaquartier Guben
- Flächenentwicklungen, wie z.B. die Bahnbrache in Cottbus
- Verbesserung der Barrierefreiheit in der Region, z.B. in Schulen in Forst und Döbern
- Kompetenzstelle „Wasser/Wasserbewirtschaftung in der Lausitzer Bergbaufolgelandschaft“ (Ausbau der fachlichen Ansätze des Wasserclusters Lausitz e.V.)
- Zentrale Forschungsstelle „Schwimmende Architektur“

II. Innovation, Forschung und Wissenschaft

Zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen nur dann, wenn sie international wettbewerbsfähig sind. Dafür sind Innovationen von zentraler Bedeutung. Ziel muss die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit der Lausitz und die enge Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft durch einen systematischen Wissens- und Technologietransfer sein.

Wichtige Projekte und Vorhaben für die Erreichung dieses Ziels sind:

- Wissenschaft und Forschung für die Region – die BTU Cottbus-Senftenberg als Impulsgeber für den Strukturwandel stärken
- Ausbau der Transformationsforschung

- Einrichtung einer Projektgruppe des Fraunhofer-IAP an der BTU Cottbus-Senftenberg zum Thema „Biofunktionalisierung/Biologisierung von Polymermaterialien“
- Ausbau der bestehenden Fraunhofer-Projektgruppe MESYS zu einer Außenstelle des IPMS (DD) an der BTU Cottbus-Senftenberg zum Thema „Adaptive integrierte Systeme“ (AIS)
- Einrichtung einer Projektgruppe bzw. Außenstelle des Fraunhofer-IZI-BB am Campus der BTU Cottbus-Senftenberg zum Thema „Pilzbasierte zellfreie Synthese-Plattformen“
- Kompetenzzentrum alternative Antriebe Lokomotiven
- Initiative Kohlenstoffketten
- Landschaftsentwicklung und Landnutzung in Bergbaufolgelandschaften
- Energiespeicherung und Sektorenkopplung

III. Wirtschaftsförderung und –entwicklung

a) Verbesserungen bei bestehenden Förderprogrammen

Es existiert bereits ein breites wirtschaftspolitisches Förderinstrumentarium zur Erhöhung der Standortattraktivität für Investoren und zur Unterstützung der Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Die Bundesregierung sollte angesichts der Dimensionen des anstehenden Strukturwandels prüfen, ob vorhandene Fördermöglichkeiten in finanzieller Hinsicht verbessert werden könnten. Hieraus würden sich zahlreiche Ansatzpunkte für die Ansiedlung neuer Unternehmen, zusätzliche Wertschöpfung und die Profilierung der Lausitz als lebenswerten Arbeitsort ergeben. Es gibt mit der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) bereits ein bewährtes Förderprogramm, gleichwohl stehen oft nicht ausreichend kommunale Eigenmittel, z.B. für Erneuerungs- und Modernisierungsinvestitionen in vorhandenen Industrie- und Gewerbeparks zur Verfügung.

b) Energiewirtschaft

Die Energiewirtschaft hat einen bedeutenden Stellenwert in der Wirtschaftsstruktur der Region Lausitz. Dies soll auch zukünftig so bleiben. Für die Weiterentwicklung und den Ausbau der energiespezifischen Kompetenzen der Region sind die guten Ausgangsbedingungen eine wichtige Entwicklungschance im Strukturwandelprozess. Die bestehende Energieinfrastruktur, das energiewirtschaftliche und technische Know-how aber auch die Zusammenarbeit der Akteure in Wertschöpfungsketten und regionalen Part-

nerschaften (z. B. Cluster Energietechnik) müssen genutzt und „fit“ für die Energiewende gemacht werden.

Beispielhafte energiewirtschaftliche Projekte für die strategische Entwicklung von neuen Wachstumsmärkten sind:

- Smart Grid Lausitz
- Weiterentwicklung der Lausitzer Kompetenzen im Bereich Bergbau und Energiewirtschaft und deren internationale Vermarktung
- Wasserstoffantrieb in Booten unter Verknüpfung mit Wasserstoffinfrastruktur/Versorgung gemeinsam mit Busflotten o.ä.
- Installation eines Batteriespeichers in einer industriellen Größenordnung von 40 – 50 MW
- Installation einer industriellen Anlage zur Herstellung von Aktivkoks zur Reduzierung von Quecksilber-Emissionen bspw. aus Kohlekraftwerken
- Entwicklung und Errichtung einer Pilotanlage für die preisgünstige Vergasung von Biomasse in überkritischem Wasser und die anschließende flexible Verstromung in einem Gas- und Dampfturbinenprozess, Kurztitel: „Hydrothermale Vergasung“
- Rotationsspeicher – eine preiswerte Alternative zu Pumpspeicherkraftwerken

c) Umsetzung von Einzelmaßnahmen

Zusätzlich zu den o.g. Schwerpunkten gibt es eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die sich ebenfalls positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Region auswirken können. Zu nennen ist hier insbesondere

- eine integrierte „Gründungsoffensive Lausitz“, die in der Lausitz durch gründerfreundliche Rahmenbedingungen und Unterstützungen einen neuen Gründergeist, insb. für Ausgründungen aus den Hochschulen, befördert
- Erweiterung und Professionalisierung des FAB-Lab als Dienstleister und „Akademie“ für die Region
- Aufbau eines Kompetenzzentrums „Building Information Modeling (BIM)“
- Ansiedlung staatlicher Institutionen (z.B. Fernstraßen-Bundesamt)

IV. Fachkräfteentwicklung

Ziel ist die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften auf den verschiedenen Ebenen des Arbeitsmarktes und Maßnahmen, um diese in der Region zu halten und neue für die Region zu gewinnen. Entsprechende Angebote beginnen bei der Berufsorientierung, umfassen Ausbildung und Aufstiegsfortbildung sowie lebensbegleitende Weiterbildung/Qualifizierung und (Duales) Studium.

Jedoch sollte ein besonderer Schwerpunkt in der Region im Bereich der qualifizierten Fachkräfte-Nachwuchsentwicklung liegen. Einerseits geht es darum, für junge Menschen in der Region ein attraktiver Bildungs-, Arbeit- und Lebensort zu sein und andererseits ein möglichst starker „Anziehungsmagnet“ für jungen Menschen aus anderen Regionen angesichts eines innovativen, kreativen und umfassenden Bildungsangebots. Hierfür soll das folgende Projekt umgesetzt werden:

- Entwicklung der innovativen „Kompetenzregion Lausitz“ als gemeinsamer Bildungsstandort zur Fachkräftesicherung in Südbrandenburg und Ostsachsen

V. Marketing, Kultur, Kunst und Tourismus

Die Lausitz ist eine landschaftlich attraktive Region mit vielfältigen touristischen und kulturellen Angeboten und gepflegten Traditionen, wie zum Beispiel den Bräuchen der Sorben/Wenden im Jahresverlauf, die zum immateriellen Kulturgut in Deutschland zählen. Durch die Renaturierung der Bergbaufolgelandschaften entstehen neue Natur- und Kulturräume, welche die Lebensqualität in der Region verbessern und neue Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung und die touristische Nutzung bieten. Um diese Potenziale optimal nutzen zu können, sind Investitionen in die touristische Infrastruktur und Unterstützung für Kunst- und Kulturprojekte erforderlich.

Von Bedeutung ist jedoch auch ein länderübergreifendes Marketing für die Lausitz, um deren überregionale und internationale Wahrnehmung als Wirtschaftsstandort, aber eben auch als Kultur- und Tourismusregion zu verbessern.

Beispielhafte Projekte sind:

- Cottbuser Ostsee – Umsetzung von Leitprojekten des „Masterplanes Cottbuser Ostsee“
- Infrastruktur für Wassertourismus in den Städten (Vernetzung Serviceangebote)
- Projektkonkrete Weiterentwicklung des länderübergreifenden Lausitzer Seenlandes sowie der weiteren Lausitzer Bergbaufolgelandschaften (Infrastrukturaufwertung, Servicequalität und Barrierefreiheit); Grundlage: Regionale Entwicklungskonzepte für Bergbaufolgelandschaften

- Akademie für Lernen und nationalen und internationalen Wissenstransfer auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Bergbau (Nutzung fachlicher Potenziale des IBA-Studierhauses)
- Aufwertung der Lausitzer Industriekultur, insb. i. V. m. der Sächsischen und Europäischen Route der Industriekultur
- Sanierung und Erweiterung der kulturellen Infrastruktur für die zentralen Präsenzeinrichtungen Neue Bühne Senftenberg (Erweiterung Werkstattgebäude), Brandenburgisches Landesmuseum für moderne Kunst (Ausbau der museumspädagogischen Angebote durch Arrondierung des Museumsstandortes in Cottbus) und Slawenburg Raddusch
- Unterstützung und Ausbau der Spielstättenauftritte der Landesbühnen sowie des Theater- und Konzertverbundes im Lausitzer Seenland sowie Etablierung eines neuen internationalen Identitätsstiftenden Festivals für Theater, Musik und bildende Kunst (Lausitzer Triennale) in der Region
- Identitätsstiftende Kulturprojekte wie Umbau kultureller Gebäude und Einrichtungen, für die einzelfallbezogene Unterstützungen vereinbart werden müssen
- Sichere Radwege Lausitz zur Stärkung Nahverkehr und Tourismus
- Internationale Naturschau (I.N.A.) – Lieberoser Heide
- Fortsetzung Sanierung Kulturhaus Plessa

Prioritäre Projekte und Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in der Lausitz (Teil Sachsen)

Der Strukturwandel in der Lausitz wird sich über viele Jahre erstrecken. Die hier aufgeführten Projekte und Maßnahmen sind dementsprechend eine erste Auflistung, die zum großen Teil über die Landkreise Bautzen und Görlitz eingebracht worden sind. Weitere Projekte und Maßnahmen werden in den nächsten Jahren, vor allem über das gemeinsame GRW-Projekt der Landkreise und der Stadt Cottbus, noch hinzukommen.

Die aufgeführten Projekte und Maßnahmen müssen noch Gegenstand zu beschließender Haushalte von Bund und Freistaat werden. Sie sollen die strukturpolitischen Prioritäten und zu beachtenden Themengebiete beispielhaft aufzeigen und zur Strukturierung des weiteren Arbeitsprozesses dienen. Dabei gilt es auch, stets die Möglichkeit von Kooperationen zwischen Kompetenzträgern beider Länder an bestimmten Projekten und/oder Einrichtungen mitzudenken.

Die drei Handlungsschwerpunkte sind:

- Infrastrukturentwicklung,
- Innovation, Forschung und Wissenschaft, Bildung und Kultur,
- Wirtschaftsförderung und -entwicklung.

I. Infrastrukturentwicklung

Die Schieneninfrastruktur aus der Lausitz in die benachbarten Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentren Berlin, Leipzig und Dresden und in das polnische Wroclaw ist weiter auszubauen:

- Elektrifizierung und Ausbau der Eisenbahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz,
- Elektrifizierung und Ausbau der Schienenverbindung Görlitz-Cottbus-Berlin/BER.

Weiter sind der Ausbau und die Verbesserung der Anbindung an die Bundesautobahnen BAB 13 und BAB 4 für die weitere Entwicklung der sächsischen Lausitz unumgänglich. Zum Beispiel durch:

- Fertigstellung der B 178 von Zittau bis zur BAB 4,
- Bedarfsgerechter Ausbau der B 96 und der B 97 auf sächsischer Seite.

Weitere wichtige infrastrukturelle Projekte liegen im Bereich der Verdichtung des Radwegenetzes zur Stärkung von Nahverkehr und Tourismus, der Sicherung der Mobilität im ländli-

chen Raum aber auch der Städte in der Lausitz durch einen attraktiven ÖPNV, beispielsweise über neue Ansätze im Zuge der Verbesserung der Elektromobilität.

Weitere Infrastrukturmaßnahmen müssen

- dem flächendeckenden Breitbandausbau (Fortführung der Förderung durch den Bund nach dem 27.09.2017) hin zu einem Gigabit-Glasfasernetz und
- einer verbesserten Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

dienen. Auch das Potenzial als Tourismusregion kann über den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur weiterentwickelt werden.

- Weiterentwicklung des länderübergreifenden Lausitzer Seenlandes
- Verdichtung des Radwegenetzes Lausitz zur Stärkung von Nahverkehr und Tourismus

II. Innovation, Forschung und Wissenschaft, Bildung, Kultur

Exemplarische Projekte für die Lausitz zur Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit sind:

- Ausbau der Transformations- und Energieforschung an der Hochschule Zittau-Görlitz u. a. gemeinsam mit dem Leibniz Institut für ökologische Raumentwicklung,
- Unterstützung des Vorhabens „Innovationsräume Bioökonomie“ (IntÖP) – Universität Leipzig gemeinsam mit dem Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie,
- Leichtbauforschung: insbesondere Unterstützung des Vorhabens „Funktionsintegrierte Leichtbaustrukturen zur effizienten Energiebereitstellung und -speicherung Effizienzsteigerung thermischer Energiespeicher durch den Einsatz funktionsintegrierter Innenisolierungen für den Energieerhalt (EFREX) / Entwicklung funktionsintegrierter magnetgelagerter Hochgeschwindigkeits-Speichersysteme (FUMAG) / Funktionsintegrierte Turbinenschaufeln in hybrider Leichtbauweise für effiziente Industriedampfturbinen (FUTURE)“ an der Hochschule Zittau/Görlitz gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik,
- Förderung von Vorhaben zur systemischen Erforschung der dezentralen Sektorenkopplung zur nachhaltigen Energieversorgung für Energiespeicher- und Energiewandlungskomponenten für Strom, Wärme und Gas zum Beispiel durch die TU Dresden,
- Aufbau eines Digitalen Testfelds für Intelligente Verkehrssysteme und autonome Transportsysteme in Sachsen/Brandenburg,
- Verknüpfung der vorhandenen Kompetenzen im Bereich technische Textilien mit der Tradition der Lausitzer Textilwirtschaft (z.B. Leinen); um ressourcensparende Stoffe für die Endverbraucher zu entwickeln,
- Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten mithilfe von innovativen, landwirtschaftlichen Produkten (z.B. aus pflanzlichem Eiweiß) in Verbindung mit dem traditionsreichen Lausitzer Ernährungsgewerbe.

Auch die Forschung und Entwicklung von umweltgerechten Technologien für den Einsatz der Braunkohle als Kohlenstoffträger für die chemische Industrie, die chemische Energiespeiche-

rung (z.B. Methanol, Methan – Power to Gas) oder die Abfallwirtschaft (Abfallvergasung mit anschließender chemisch-energetischer Weiterverwendung) muss ein Schwerpunkt der zukünftigen Entwicklung sein.

In und für die Region besteht darüber hinaus bereits umfangreiche wissenschaftliche Expertise in den Bereichen Materialwissenschaften, Arbeitsmarktforschung, Ressourcenforschung, soziale Raum- und Transformations- sowie Innovationsforschung, Erforschung von Flächennachnutzungen und Biodiversität sowie Gesundheits- und Lebenswissenschaften. Diese birgt hohes Innovations- und Wertschöpfungspotential und gilt es deshalb zu stärken und auszubauen.

Es bedarf eines klaren Bekenntnisses zur kulturellen Identität der Lausitz. Die Pflege und Erhaltung des vorhandenen Brauchtums insgesamt sowie der sorbischen Wurzeln im Besonderen sollten unabdingbar sein. Die kulturelle Vielfalt und Bedeutung der Lausitz mit ihrem Netz der Kultureinrichtungen und Denkmäler, verbunden mit den regionalen kulturellen Traditionen, soll in ihrer historisch gewachsenen Vielfalt und identitätsstiftenden Wirkung durch bedarfsgerechte, leistungsstarke und finanzierbare Strukturen gefördert, erhalten und weiterentwickelt werden. Wichtige Funktionen können dabei vor allem auch soziokulturelle Angebote der Kreativwirtschaft und Industriekultur erfüllen.

Der Charakter des Siedlungsgebietes der Sorben und die Pflege und Entwicklung der sorbischen Sprache, Kultur und Tradition sollen insbesondere durch Schulen, Vorschulen und kulturelle sowie wissenschaftliche Einrichtungen unterstützt und gefördert werden. Dabei spielen die Stiftung für das Sorbische Volk und das Sorbische Institut eine bedeutende Rolle u. a. bei der Erforschung und praxisorientierten Beratung zu den Folgen des Strukturwandels für die sorbische Kultur.

Die Lausitz muss für junge Menschen in der Region ein attraktiver Bildungs-, Arbeit- und Lebensort sein. Ganz entscheidend sind dabei innovative, kreative und umfassende Bildungsangebote. Hierfür sollen folgende Projekte umgesetzt werden:

- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Beruflichen Schulzentren Hoyerswerda und Weißwasser als regionale Institution für Aus- und Weiterbildung,
- Stabilisierung und Belebung des Erwerbs und Gebrauchs der sorbischen Sprache über von der Stiftung für das sorbische Volk geförderte Einrichtungen,
- Wiederbelebung brachgefallener historischer Gebäude durch Kultur- und Kreativschaffende und Modellprojekte der Industriekultur, z. B. die Errichtung eines Bildungs- und Sozio-kulturellen Zentrums in der Industriebranche des ehemaligen Waggonbaus Görlitz – Werk 1 oder der weitere Ausbau der Energiefabrik Knappenrode.

III. Wirtschaftsförderung und -entwicklung

Es gibt mit der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) bereits ein bewährtes Förderprogramm. Gleichwohl stehen ausreichende kommunale Eigenmittel, z.B. für Erneuerungs- und Modernisierungsinvestitionen in vorhandenen Industrie- und Gewerbeparks, oftmals nicht zur Verfügung. Hier muss über eine Verbesserung der Absorptionsfähigkeit der Kommunen in der Region nachgedacht werden, beispielsweise über veränderte Fördersätze. Die Bundesregierung sollte angesichts der Dimensionen des anstehenden Strukturwandels prüfen, ob vorhandene Fördermöglichkeiten für kommunale Förderempfänger attraktiver gestaltet werden könnten. Außerdem stellt die Verlegung oder Errichtung staatlicher Institutionen eine wichtige Möglichkeit dar, in einer Region gute Arbeitsplätze zu schaffen. Daher sollte die sächsische Lausitz in die Überlegungen des Bundes bei eventuellen Behördenverlagerungen einbezogen werden.

IV. „Lausitz - Pilotregion 4.0“

Mit dem Projekt soll die Zukunftsfähigkeit einer ländlich geprägten Region im Strukturwandel beispielhaft gestärkt werden. Durch die pilothafte Verknüpfung der ortsunabhängigen Anwendung neuester digitaler Technologien mit der Entwicklung des landschaftlichen Potenzials soll die Region durch eine hohe Lebensqualität und innovative Arbeitsformen anziehend für Fachkräfte aus aller Welt sein.

Die Zukunftsfähigkeit einer vorwiegend ländlich geprägten Region bemisst sich nicht nur an einem gut ausgebauten Breitbandfestnetz, sondern auch an einem flächendeckenden, leistungsfähigen 5G-Funknetz. Durch modernste digitale Anwendungen in der Fläche wandeln sich bisherige Standortnachteile des ländlichen Raums zu Standortvorteilen. Hierzu braucht es eine digitale Pilotregion mit technologischem Vorsprung vor den Metropolen.

Anlage 5

Referat Ia3
Bearbeiter: [REDACTED]

30. April 2018

Branchenvermerk Braunkohleindustrie

Überblick

Braunkohle ist der wichtigste einheimische fossile Energierohstoff, der in ausreichender Menge vorhanden ist und – anders als Steinkohle – subventionsfrei gewonnen werden kann. Der deutsche Braunkohlenbergbau ist in den Revieren Rheinland, Lausitz, Mitteldeutschland und Helmstedt konzentriert. Die Förderung der heimischen Braunkohle findet ausschließlich im Tagebau statt. Die Jahresförderung betrug 2016 rund 172 Mio. Tonnen und war in den letzten Jahren weitgehend konstant. **Deutschland war 2015 weltweit das größte Braunkohlenförderland**, gefolgt von China, Russland und den USA. Die bekannten geologischen Braunkohlevorräte sind noch immer sehr groß: Bei konstanter Fördermenge (Stand 2016) **könnte in Deutschland noch in 210 Jahren wirtschaftlich gewinnbringend Braunkohle abgebaut** werden (Berechnungen des RWI Essen). Braunkohle wird zu 92 Prozent zur Strom- und Fernwärmeerzeugung in öffentlichen und industriellen Kraftwerken eingesetzt. Die verbleibenden 8 Prozent gehen an Veredlungsbetriebe zur Herstellung von Briketts, Koks, Staubkohlen, Wirbelschichtkohlen und Braunkohlenxylit. 2016 wurden etwa 23 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland durch Braunkohle gedeckt. In der **Braunkohleindustrie sind insgesamt knapp 20.000 Personen beschäftigt**, davon rund 15.000 im Braunkohlenbergbau. Insgesamt sind die Beschäftigungszahlen in der Braunkohleindustrie rückläufig.

Regionale Verteilung von Förderung und Beschäftigung der Braunkohlenindustrie (2016)

| | Förderung | Beschäftigte |
|--------------------------------------|---------------------|---------------------|
| Rheinisches Revier (NRW) | 90,5 Mio. t | 8.961 |
| Lausitzer Revier (BB, SA) | 62,3 Mio. t | 8.278 |
| Mitteldeutsches Revier (SA, SAH, TH) | 17,7 Mio. t | 2.414 |
| Helmstedter Revier (NI) | 1,0 Mio. t | 199 |
| Reviere gesamt | 171,5 Mio. t | 19.852 |

Strukturelle Herausforderungen für die Braunkohlereviere

Experten fordern schon seit längerem einen Ausstieg aus der Braunkohle, da diese von allen fossilen Energieträgern die schlechteste Klimabilanz besitzt. Auch der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung führt aus, dass die Klimaschutzziele nur erreicht werden können, wenn die Kohleverstromung schrittweise verringert wird. Im **Koalitionsvertrag** ist daher die **schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung** vorgesehen.

Die Braunkohle ist jedoch für einzelne Regionen aufgrund der Konzentration des Rohstoffs ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Ein Ausstieg aus der Braunkohle wäre für den Arbeitsmarkt insgesamt zwar verkraftbar, könnte aber zu erheblichen Verwerfungen in den jeweiligen Regionen führen, da auch weitere Arbeitsplätze (Zulieferer, Nachfrageeffekte) von der Branche abhängen. Die Reduzierung der Kohleverstromung soll laut Klimaschutzplan 2050 und Koalitionsvertrag daher so gestaltet werden, dass **Strukturbrüche** in den betroffenen Regionen, insbesondere den Braunkohlerevieren in Nordrhein-Westfalen, in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier, **vermieden** und für diese Regionen **neue industriepolitische Perspektiven** entwickelt werden. Dazu ist eine **Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“** im Dialog mit den beteiligten Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Umweltverbänden, Regionen und Gewerkschaften vorgesehen (siehe Vermerk Strukturkommission).

Die Umbrüche im Braunkohlenabbau sind politisch als noch brisanter als der Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau einzuschätzen, da letzterer seit den 1960er Jahren nicht mehr wirtschaftlich war und nur durch Subventionen bis zum Jahr 2018 erhalten werden konnte. Im Gegensatz dazu ist der Braunkohleabbau ein profitables Geschäftsfeld, das ohne Subventionen Tausenden Menschen eine Arbeit bietet. Der Zielkonflikt zwischen Umwelt- und Wirtschafts- bzw. Beschäftigungspolitik tritt in dieser Branche daher besonders deutlich zutage.

Zur Braunkohlenindustrie der Lausitz

Das Lausitzer Revier ist nach dem Rheinischen Revier das zweitwichtigste deutsche Braunkohlegebiet. Es befindet sich zum größten Teil in Brandenburg, aber auch die Kreise Görlitz und Bautzen in Sachsen werden dem Lausitzer Revier zugeordnet.

Im Jahr 2016 wurden im Revier ca. 62 Mio. Tonnen Braunkohle abgebaut, dies entspricht 36,3 Prozent der deutschen Gesamtleistung.

In der Lausitz waren 2016 ca. **8.300 Menschen direkt im Braunkohlesektor beschäftigt**, dies sind 42 Prozent aller Beschäftigten der Branche in Deutschland.

Berücksichtigt man darüber hinaus, dass

neben den direkt im Braunkohlesektor Angestellten auch Beschäftigungseffekte durch die Kaufkraft der Braunkohle-Beschäftigten sowie Vorleistungs- und Investitionsgüter existieren, hängen nach Berechnungen des RWI Essen rund 13.200 Stellen in der Lausitz am Braunkohlenbergbau.

Von allen deutschen Revieren ist die **Abhängigkeit von der Braunkohleindustrie in der Lausitz** am größten. Dies hat zum einen mit dem hohen Anteil der braunkohleabhängigen Jobs an der gesamten SV-pflichtigen Beschäftigung zu tun: obwohl mehr Menschen im Rheinischen Revier als im Lausitzer Revier beschäftigt sind, ist die absolute Anzahl aller Beschäftigten in der Lausitz nur etwa halb so groß wie in den braunkohle geprägten Landkreisen im Rheinland. Ein Wegfall der Braunkohleindustrie würde daher relativ gesehen in der Lausitz zu einem größeren Jobverlust führen als anderswo.



Zum anderen ist die Wirtschaftskraft der Lausitz insgesamt als eher schwach einzuschätzen und bietet entsprechend nur wenige Beschäftigungsalternativen bei einem Ausstieg aus dem Braunkohlenabbau.

Verschiedene Branchenexperten sehen **Erneuerbare Energien** (insb. Windenergie aufgrund günstiger meteorologischer Bedingungen) **als langfristige Alternative** für die Braunkohleförderung in der Region an. Allerdings setze dies eine große (öffentliche) Investitionsbereitschaft voraus, um den Wegfall der wettbewerbsfähigen Braunkohleverstromung zu kompensieren.

Anlage 6

Referat Ia3
 Bearbeiter: [REDACTED]

21. Juni 2018

Faktenblatt: Braunkohleindustrie in Deutschland

Beschäftigung der Braunkohlenindustrie (2016)

| | SV-Beschäftigte (direkt) | SV-Beschäftigte (direkt + indirekt) | SV-Beschäftigungsanteil der Braunkohleindustrie | |
|------------------------|-----------------------------|--|--|-----------------|
| | | | insg. | im verarb. Gew. |
| Rheinisches Revier | 8.961 (↘) | 14.338 | 1,84 % | 10,2 % |
| Lausitzer Revier | 8.278 (→) | 13.245 | 3,27 % | 17,5 % |
| Mitteldeutsches Revier | 2.414 (→) | 3.862 | 0,52 % | 3,5 % |
| Helmstedter Revier | 199 (↓) | 329 | 0,11 % | 0,3 % |
| Reviere gesamt | 19.852 (↘) | 31.774 | 1,43 % | 8,0 % |
| Deutschland | 19.852 | 55.586¹⁾ | | |

Quelle: RWI (2018). Das farbige Symbol in der Klammer zeigt in allen Tabellen den Trend seit 2005.

¹⁾ Differenz zwischen „Reviere gesamt“ und „Deutschland“ erklärt sich durch Vorleistungsgüter und Investitionen der Braunkohleindustrie, die nicht in den Revieren entstehen.

Wichtige Strukturdaten der Braunkohleregionen (2015)

| | BIP/Einwohner | Bevölkerungs- prognose bis 2035 (% p.a.) | Forschungsinten- sität in % des BIP | Arbeitslosen- quote, Stand Mai 2018 ³⁾ |
|------------------------|---------------|--|--|---|
| Rheinisches Revier | 32.769 € | 0,0 | 1,04 (↘) | 6,4 % (↘) |
| Lausitzer Revier | 28.434 € | -1,0 | 0,50 (↑) | 6,7 % (↓) |
| Mitteldeutsches Revier | 27.640 € | -0,7 | 0,35 (↗) | 7,2 % (↓) |
| Helmstedter Revier | 48.111 € | -0,4 | 8,09 (↑) ²⁾ | 5,3 % (↘) |
| Deutschland | 37.128 € | -0,2 | 2,01 (↗) | 5,1 % (↘) |

Quelle: RWI (2018)

²⁾ Im Helmstedter Revier sind nur Angaben für den Kreis Helmstedt vorhanden, die anderen Reviere umfassen hingegen mehrere Landkreise und Städte.

³⁾ Von der BA ermittelte Quoten für die Regionen, Trend seit 2008.

Regionale Verteilung der Braunkohleförderung in Deutschland (2016)

| | Fördermenge | Aktive Tagebaue /Kraftwerke | Reichweite der genehmigten Fördermenge |
|------------------------|-------------------------|--------------------------------|--|
| Rheinisches Revier | 90,5 Mio. t (↘) | 3/5 | 2048 |
| Lausitzer Revier | 62,3 Mio. t (↗) | 4/3 | 2040 |
| Mitteldeutsches Revier | 17,7 Mio. t (↘) | 3/3 | 2038 |
| Helmstedter Revier | 1,0 Mio. t (↓) | 0/1 | 2016 ⁴⁾ |
| Reviere gesamt | 171,5 Mio. t (↘) | | |

Quelle: RWI (2018)

⁴⁾ Im Helmstedter Revier wird seit 2016 keine Braunkohle mehr gefördert, das einzige Kraftwerk Buschhaus verbleibt noch bis 2020 in „Sicherheitsbereitschaft“.

Regionale Wirtschaftsstruktur (Standortkoeffizienten) deutscher Braunkohlereviere (2016)

| | Land- und Forstwirtschaft | Bergbau/Energie | Verarbeitendes Gewerbe | Dienstleistungen |
|------------------------|---------------------------|-----------------|------------------------|------------------|
| Rheinisches Revier | 0,60 | 1,66 | 0,84 | 0,99 |
| Lausitzer Revier | 2,97 | 2,34 | 0,88 | 1,41 |
| Mitteldeutsches Revier | 1,80 | 1,61 | 0,70 | 1,21 |
| Helmstedter Revier | 0,31 | 0,92 | 1,56 | 0,58 |
| Deutschland | 1,00 | 1,00 | 1,00 | 1,00 |

Quelle: RWI (2018). Klassifikation nach Wirtschaftszweigen der EU.

Die sog. „Standortkoeffizienten“ in der Tabelle geben an, wie viele SV-pflichtige Beschäftigte in den verschiedenen Wirtschaftszweigen im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt angestellt sind. So lässt sich z.B. erkennen, dass im Lausitzer Revier 2,97-mal so viele Menschen in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind wie im Bundesdurchschnitt.

Kernbotschaften der Tabellen

- Das **Lausitzer Revier ist das am stärksten von der Braunkohleindustrie abhängige Region**. Dies lässt sich am hohen Anteil an der SV-Beschäftigung insgesamt (3,27 Prozent) und besonders im verarbeitenden Gewerbe (17,5 Prozent) und am hohen Standortkoeffizienten erkennen.
- Gleichzeitig sind die Strukturdaten in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier besonders problematisch (Bevölkerungsrückgang, niedrige Forschungsintensität trotz Ausgabensteigerungen in den letzten Jahren).
- Auf Gesamtdeutschland bezogen nahm die **Fördermenge** der Braunkohleindustrie **in den letzten zehn Jahren etwas ab**, ebenso die direkte und indirekte **Beschäftigung** (z.B. über Vorleistungsgüter). Einzig in der Lausitz zeigt sich eine beständige Steigerung der Fördermenge und eine in etwa konstante Beschäftigung.

Weitere wichtige Fakten

- Braunkohle ist der wichtigste einheimische fossile Energierohstoff. 2016 wurden etwa **23 Prozent der Stromerzeugung** in Deutschland durch **Braunkohle** gedeckt.
- Deutschland war 2015 **weltweit das größte Braunkohlenförderland**, gefolgt von China, Russland und den USA.
- Braunkohle wird zu **92 Prozent zur Strom- und Fernwärmeerzeugung** in Kraftwerken eingesetzt. Die verbleibenden 8 Prozent gehen an Veredlungsbetriebe (Briketts, Kohlechemie, etc.).
- In den deutschen Braunkohlerevieren **leben insgesamt ca. 6,2 Mio. Menschen**.

Anlage 7

Referat Ia3

21. Juni 2018

Faktenblatt: Braunkohleindustrie in der Lausitz

- Das Lausitzer Revier ist das zweitwichtigste deutsche Braunkohlegebiet. Es befindet sich in Brandenburg und Sachsen.
- Von allen deutschen Revieren ist die **Abhängigkeit von der Braunkohleindustrie in der Lausitz** am größten.
- Entwicklungshürden sind die periphere Lage der Region und fehlende Infrastruktur sowie eine noch immer gering ausgeprägte Forschungs- und Gründungsintensität.
- In den kommenden Jahren wird mit einem Bevölkerungsrückgang von einem Prozent pro Jahr gerechnet.



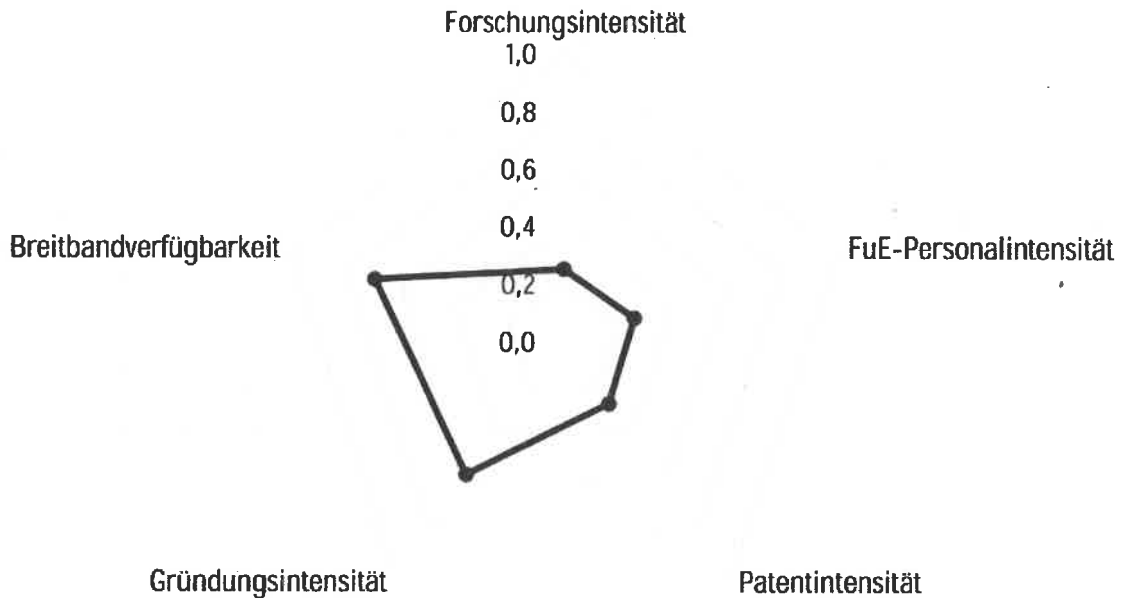
Auch die Fachkräftesituation dürfte sich altersbedingt verschlechtern.

Lausitzer Revier (2016)

| | |
|---|--|
| Lage | peripher, ländlich geprägt |
| Größte Stadt | Cottbus (100.000 Einwohner) |
| Bevölkerung | 1.165.000 (↓) |
| BIP/Einwohner (2015) | 28.434 € (↔) |
| Ergebnis Bundestagswahl 2017 (Zweitstimmen) ¹ | AfD (27,6 %), CDU (26,6 %), Linke (15,2 %), SPD (13,3 %) |
| Arbeitslosenquote (Mai 2018) | 6,7 % (↓) |
| SV-Beschäftigte insgesamt | 405.401 (↔) |
| SV-Beschäftigte in Braunkohle (direkt) | direkt: 8.278 (→) |
| SV-Beschäftigte in Braunkohle (direkt + indirekt) | 13.245 |
| Beschäftigungsanteil Braunkohleindustrie | 3,27 % (direkt + indirekt) |
| Fördermenge | 62,3 Mio. t (↔) |
| Forschungsintensität in % des BIP (2015) | 0,50 (↑) |
| Arbeitsproduktivität je Std., in % des Bundesdurchschnitts (2015) | 73,9 (↑) (entspricht 41,47 €) |

¹ Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters.

Innovationsmaße der Lausitz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt



Quelle: RWI (2018), Bundesdurchschnitt = 1

- Das Lausitzer Revier liegt in sämtlichen Innovationsmaßen deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die größten Defizite bestehen vor allem im Bereich Forschung.

Entwicklungspotenziale

- Erneuerbare Energien: Die Lausitz verfügt über große Freiflächen mit hohen Windgeschwindigkeiten, der Ausbau der Windenergie hat also hohes Potenzial. Hierfür müssten allerdings Speicher und Hybridnetze ausgebaut werden.
- Mögliche Synergieeffekte zwischen der aktuellen Braunkohleindustrie und der chemischen Industrie (Kohlechemie) und der Industrieautomatisierung. Industrielle Automatisierung wurde bisher vor allem im Kohleabbau angewendet, es sollte dementsprechend versucht werden, diese Technologien auch auf andere Industrien zu übertragen.
- Wachstumspotenzial wird zudem in der Logistik- und (Elektro-)Mobilitätsbranche gesehen. Zur Entfaltung dieser Möglichkeiten wäre allerdings umfangreiche Forschung in den genannten Bereichen voranzutreiben.

Anlage 8

Referat Ia3

21. Juni 2018

Faktenblatt: Braunkohleindustrie im Rheinischen Revier

- Das Rheinische Revier ist im Hinblick auf Fördermenge und Beschäftigung das **wichtigste deutsche Braunkohlegebiet**. Es befindet sich in Nordrhein-Westfalen.
- Beschäftigung und Fördermenge gingen zwischen 2005 und 2015/16 leicht zurück.
- Insgesamt werden der Region gute Entwicklungsperspektiven attestiert, da neben der Braunkohle andere Industrien und gute Infrastruktur vorhanden sind.



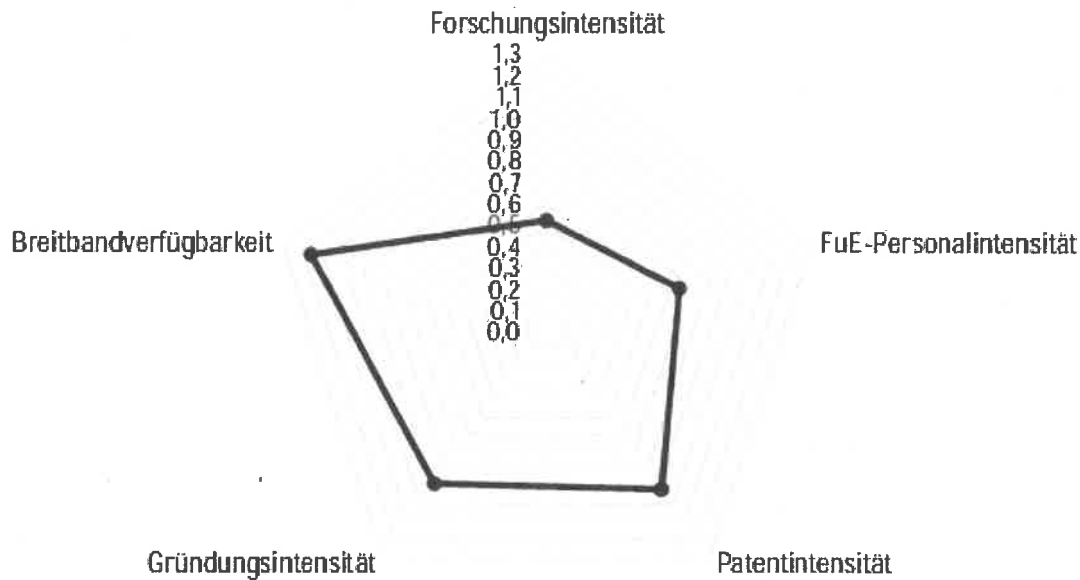
Braune Felder - Braunkohletagebaue
Rote Punkte: Kohlekraftwerke

Rheinisches Revier (2016)

| | |
|---|--|
| Lage | zentral, städtisch geprägt |
| Größte Städte | Mönchengladbach (257.000 Einwohner), Aachen (245.000 Einwohner) |
| Bevölkerung | 2.437.000 (↗) |
| BIP/Einwohner (2015) | 32.769 € (↗) |
| Ergebnis Bundestagswahl 2017 (Zweitstimmen) ¹ | CDU (34,3 %). SPD (26,1 %), FDP (13,7 %), AfD (8,8 %) |
| Arbeitslosenquote (Mai 2018) | 6,4 % (↘) |
| SV-Beschäftigte insg. | 778.501 (↑) |
| SV-Beschäftigte in Braunkohle (direkt) | 8.961 (↘) |
| SV-Beschäftigte in Braunkohle (direkt + indirekt) | 14.338 |
| Beschäftigungsanteil Braunkohleindustrie | 1,84 % (direkte + indirekte Beschäftigung) |
| Fördermenge | 90,5 Mio. t (↘) |
| Forschungsintensität in % des BIP (2015) | 1,04 (↘) |
| Arbeitsproduktivität je Std., in % des Bundesdurchschnitts (2015) | 103,4 (↘) (entspricht 53,26 €) |

¹ Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters.

Innovationsmaße des Rheinischen Reviers im Vergleich zum Bundesdurchschnitt



Quelle: RWI (2018), Bundesdurchschnitt = 1

- Besonders hervorzuheben ist die gute Breitbandverfügbarkeit, deutlich mehr Haushalte als im Bundes- und Landesdurchschnitt haben Zugang zu schnellem Internet.
- Die öffentliche Forschungsinfrastruktur ist sehr gut (RWTH Aachen, Forschungszentrum Jülich, FH Mönchengladbach). Die Unternehmen in der Region sind eher forschungsschwach, daher sind Forschungs- und Patentintensität in der Summe unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Entwicklungspotenziale

- Insgesamt hat die Region gut Chancen, den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Für viele **energieintensive Branchen** in der Region (z.B. Chemie, Baustoffe, Papier) ist entscheidend, dass bei einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung die **Versorgungssicherheit gewährleistet** ist. Ansatzpunkte sind u.a. der Ausbau Erneuerbarer Energien, die Schaffung eines Gründerumfelds im Energiebereich und ein regionales Energiemanagement.
- Aufgrund der herausragenden öffentlichen Forschungsinfrastruktur sollten verstärkt **Clusterbildung und Kooperation von Wirtschaft und Forschung** gefördert werden, damit sich die Forschungsstärke auf die Innovationskraft der Unternehmen überträgt.
- Wachstumspotenziale werde im dicht besiedelten NRW auch im **Tourismus** gesehen, z.B. durch Renaturierung von Braunkohletagebauen.

Anlage 9

Referat Ia3
Bearbeiter: [REDACTED]

14. Juni 2018

Bewertung des RWI-Gutachtes „Erarbeitung aktueller vergleichbarer Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen“ (Endbericht Stand Januar 2018)

- Hintergrundvermerk -

I. Sachverhalt

Das RWI hat im Auftrag des BMWi eine Zusammenstellung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen erstellt. Laut Auftrag sollte die Studie zentrale sozio-ökonomische Indikatoren für die deutschen Braunkohleregionen quantifizieren und vergleichend darstellen, und so eine Bestandsaufnahme der Entwicklung sowie eine Einschätzung der aktuellen Lage der Regionen ermöglichen.

Inhaltlich besteht das Gutachten aus 5 Teilen - eine wirtschaftliche Analyse der Entwicklung des deutschen Braunkohlesektors sowie je ein ausführliches Regionalprofil für die 4 deutschen Braunkohlereviere „Lausitz“, „Rheinisches Revier“, „Mitteldeutsches Revier“ und „Helmstedter Revier“.

Die Untersuchung stützt sich auf eine umfangreiche Indikatorik wesentlicher Strukturdaten, um das Wachstums- und Innovationspotential der vier Regionen - unabhängig vom Braunkohlesektor - darzustellen. Darüber hinaus sind eine Multiplikator-Analyse zur Ermittlung der indirekten und induzierten Beschäftigungseffekte des Braunkohlesektors, sowie eine Shift-Share-Analyse zur Betrachtung der zu erwartenden künftigen Entwicklungspotentiale der Regionen Teil des Gutachtens. In einer Literaturanalyse finden auch weitere Studien Beachtung. Für einen detaillierteren Überblick über die einzelnen Reviere und den Braunkohlesektor werden gesondert Faktenblätter erstellt.

II. Inhalt des Gutachtens

Die vom Braunkohlesektor abhängige **direkte, indirekte und induzierte Beschäftigung liegt deutschlandweit mit 56 Tsd. Personen bei 0,2 % der SV-Beschäftigten**. Für die einzelnen Reviere liegen diese Zahlen allerdings höher - bei 3,3 % (Lausitz), 1,8 % (Rheinisches Revier) und 0,5 % (Mitteldeutsches Revier). Daran zeigt sich die *regionalwirtschaftliche* Bedeutung der Braunkohle. Zwar sind rund zwei Drittel der knapp 20 Tsd. direkt im Braunkohlesektor Beschäftigten älter als 45, so dass ein sozialverträglicher Beschäftigungsabbau bei schrittweisem Ausstieg aus der Braunkohle nicht unrealistisch

scheint. Trotzdem kommt das Gutachten zu dem Schluss, dass der durch den Braunkohleausstieg hervorgerufene Strukturwandel die Reviere vor relativ große Herausforderungen stellen wird.

Die Ausgangsbedingungen für einen erfolgreichen Strukturwandel sind laut Gutachten in den betroffenen Regionen sehr verschieden. So unterscheiden sich die vier Reviere zum Teil deutlich bezüglich der aktuellen Abhängigkeit von der Braunkohle, aber auch bezüglich der realistisch zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Diese Unterschiede liegen sowohl in der Lage der Reviere als auch in ihrer teils historisch bedingten Wirtschaftsstruktur begründet. So sind die beiden ostdeutschen Reviere räumlich deutlich größer als die beiden westdeutschen, sind deutlich weniger industrialisiert und verfügen über weniger Innovationspotential. Insbesondere die Lausitz ist durchgängig als ländlich einzustufen, besitzt nur ein ebenfalls eher ländliches Oberzentrum (Cottbus) und liegt durch die Grenz Nähe zu Polen und Tschechien eher peripher. Das Rheinische Revier hingegen ist durchweg städtisch strukturiert, hat eine zentrale Lage und besitzt zwei Oberzentren (Aachen und Mönchengladbach). Die Regionen des Mitteldeutschen Reviers (mit Leipzig und Halle) und des Helmstedter Reviers (mit Braunschweig und Wolfsburg) liegen bezüglich Urbanisierung und Zentralität dazwischen.

Die östlichen Braunkohleregionen sind - auch im bundesdeutschen Vergleich - eher rückständig hinsichtlich der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen und der Arbeitsproduktivität. Zudem haben sie bereits jetzt höhere Arbeitslosenraten. Auch die Innovationsintensität ist in den ostdeutschen Braunkohleregionen teilweise sehr niedrig. Andererseits ist zumindest teilweise ein Aufholprozess erkennbar. Die durchgeführte Shift-Share-Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Standortfaktoren der ostdeutschen Braunkohleregionen in Bezug auf die Entwicklung der Wertschöpfung (im Gegensatz zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit) gegenüber dem Bund positiv sind, so dass die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt steigt.

Letztlich stellt das Gutachten die Bedeutung des demografischen Wandels heraus. Insbesondere im Lausitzer Revier ist die Entwicklung als sehr ungünstig einzustufen. Laut Bevölkerungsprognose sinkt das Erwerbspersonenpotential dort bis 2035 um fast ein Drittel und damit mehr als doppelt so stark wie in Deutschland insgesamt.

Das Gutachten geht an verschiedenen Stellen auch auf die Frage ein, ob (und wie schnell) ein Ausstieg aus der Braunkohle klimapolitisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Einerseits weist das Gutachten darauf hin, dass die Frage, ob globale Emissionen durch den deutschen Kohleausstieg überhaupt verringert würden, nicht abschließend geklärt sei. Andererseits verweist das RWI-Gutachten auf mehrere Studien, die in Frage stellen,

ob die Braunkohleverstromung aus betriebswirtschaftlicher Sicht perspektivisch überhaupt noch tragfähig ist. Zum einen wird erwartet, dass sich die Wettbewerbssituation für Braunkohle durch immer günstiger werdenden Strom aus erneuerbaren Energien verschlechtern wird. Zum anderen könnten Preisansteige bei CO₂-Zertifikaten und verschärfte EU-Richtlinien für Industrieemissionen den Braunkohlesektor hart treffen.

Das Gutachten schließt mit der dringenden Empfehlung, den Strukturwandel mithilfe klassischer regionalwirtschaftlicher Förderinstrumente sowie der Verbesserung der Infrastruktur zu unterstützen, um die Fortsetzung des Angleichungsprozesses nicht zu gefährden.

III. Bewertung

Die im Gutachten vorgelegte Indikatorik ist umfangreich, jedoch teilweise noch zu stark aggregiert dargestellt, als dass sich aus unserer Sicht konkrete, passgenaue Handlungsoptionen ableiten ließen. So bleibt zum Beispiel unklar, welche Sektoren genau die Kennzahlen zur Innovationstätigkeit treiben.

Auch die Einschätzung, der Strukturwandel müsse durch Wirtschaftsförderung abgefedert werden, wird ohne große weitere Analyse getroffen. Erfahrungen mit strukturpolitischen Maßnahmen (z. B. Best-Practice Beispiele) oder fundierte Analysen der als sinnvoll genannten Politikinstrumente fehlen im Gutachten. Viel mehr liegt der Empfehlung die (unausgesprochene) Annahme zugrunde, man müsse überall in Deutschland eine gleiche Dichte wirtschaftlicher Aktivität herstellen. Dies ist aber - zumindest aus wissenschaftlicher Sicht - durchaus umstritten.

„Zukünftige Handlungsfelder zur Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohleregionen“

Metastudie der Prognos AG im Auftrag des BMWi, Februar 2018

Zusammenfassung und Kurzbewertung

Die Studie der Prognos AG ist eine Metastudie, die die Ergebnisse von 77 Einzelstudien zu den deutschen Braunkohleregionen zusammenfasst. Zudem wurden 22 Fachgespräche zum Thema geführt.

Die Studie geht auf die Stärken, Schwächen und Entwicklungspotenziale der in Deutschland betroffenen Braunkohlereviere ein (Lausitz, Rheinisches Revier, Mitteldeutschland, Helmstedt). Dabei wird deutlich, dass sich zwar die Zukunftsperspektiven für die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen, gleichwohl die vorgeschlagenen Entwicklungspfade und Instrumente sich in den Revieren sehr ähneln.

Lausitzer Revier

Wie angesprochen wird von allen Braunkohlenrevieren die Lage in der Lausitz als am schwierigsten eingeschätzt. Dies liegt zum einen daran, dass die Abhängigkeit vom Braunkohleabbau besonders hoch ist (2 Prozent der Beschäftigten der Region arbeiten direkt in der Braunkohleindustrie), zum anderen an der Abwesenheit von naheliegenden Alternativen. Als besonders kritisch wird die periphere Lage des Reviers (Berlin und Dresden sind als nächstgelegene Großstädte über hundert Kilometer entfernt) sowie die geringe Innovationskraft der Region gesehen.

Industrielles Potenzial der Lausitz wird weiterhin in der Energiewirtschaft gesehen (z.B. Windenergie), hierfür müssten allerdings Speicher und Hybridnetze ausgebaut werden. Außerdem gibt es mögliche Synergieeffekte zwischen der aktuellen Braunkohleindustrie und der chemischen Industrie (Kohlechemie) und der Industrieautomatisierung. Industrielle Automatisierung wurde bisher vor allem im Kohleabbau angewendet, es sollte dementsprechend versucht werden, diese Technologien auch auf andere Industrien zu übertragen. Wachstumspotenzial wird zudem in der Logistik- und (Elektro-)Mobilitätsbranche gesehen. Zur Entfaltung dieser Möglichkeiten wären allerdings eine umfangreiche Forschung in den genannten Bereichen voranzutreiben.

Rheinisches Revier

Im Gegensatz zum Lausitzer Revier sehen die Gutachter im Rheinischen Revier gute Chancen für einen erfolgreichen Strukturwandel. Dies liegt vor allem an der räumlichen Nähe zu urbanen Zentren (Köln, Bonn, Leverkusen, Aachen) und Universitäten bzw. Forschungseinrichtungen (RHTW Aachen, Universität Köln, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Zudem bestehen auch in Unternehmen der Region umfangreiche und diversifizierte Kenntnisse in Industriezweigen, die ein großes Zukunftspotenzial besitzen.

Dennoch sind auch im Rheinischen Revier eine hohe Zahl von Arbeitsplätze in der Braunkohleindustrie bedroht, auch wenn das relative Gewicht mit etwa einem Prozent kleiner ist als in der Lausitz. Um die entstehenden Jobverluste zu kompensieren schlagen die Gutachter eine Neuausrichtung der Energiewirtschaft aufbauend auf bestehenden Kompetenzen vor. Hier werden u.a. der Ausbau Erneuerbarer Energien, die Schaffung eines Gründerumfelds im Energiebereich und regionales Energiemanagement und Ressourceneffizienz genannt. Die Energiewirtschaft ist vor allem wegen des engen Zusammenhangs mit den ebenfalls regional verwurzelten energieintensiven Energien wichtig.

Mitteldeutsches Revier

Die Abhängigkeit des Mitteldeutschen Reviers von der Braunkohlenindustrie ist verglichen mit den erstgenannten Revieren eher gering (0,3 Prozent der Beschäftigten der Region arbeiten in dieser Branche). Dennoch stellen sich in der Region ähnliche, wenn auch weniger stark ausgeprägte, strukturelle Herausforderungen wie in der Lausitz, allen voran aufgrund der nur geringen Forschungs- und Innovationskraft der Region. Gleichzeitig zeichnet sich in diesem Bereich vor allem durch die beiden Universitätsstädte Halle und Leipzig eine langsame Verbesserung der Lage ab. Insbesondere Leipzig gerät der Studie zufolge aber zunehmend an Kapazitätsgrenzen (ÖPNV, Wohnungen), sodass hier auch neue Konzepte der Mobilität und Stadtentwicklung notwendig werden.

Industrielles Potenzial wird neben der Energiewirtschaft (ähnlich wie in den anderen Revieren werden hier v.a. Erneuerbare Energien angeführt) in der bereits gut entwickelten chemischen Industrie (Kohlechemie, stoffliche Verwertung der Braunkohle z.B. für Montanwachse) und in der Automobilindustrie gesehen. Letztere ist in der Region durch Produktionsstätten von Porsche, BMW und Opel bereits aktiv und produziert in Leipzig bereits Elektroautos (Modelle i3 und i8 von BMW). Für einen erfolgreichen Strukturwandel kommt es darauf an, bestehende Kompetenzen in der Region über Forschungsprojekte noch besser miteinander zu verknüpfen (z.B. Mobilität, chemische Industrie, Energiewirtschaft). Auch die Logistikbranche (Flughafen Leipzig, DHL, Amazon) wird in Zukunft weiter eine Rolle spielen und kann insbesondere mit neuen Mobilitätskonzepten verknüpft werden.

Helmstedter Revier

Da im Helmstedter Revier nur noch sehr wenige Menschen im Braunkohleabbau beschäftigt sind (laut RWI-Studie weniger als 200) wird der Ausstieg aus der Braunkohleindustrie von Prognos als weitestgehend abgeschlossen angesehen. Geringes BIP pro Einwohner und geringe Produktivität deuten laut Prognos jedoch darauf hin, dass der Strukturwandel noch nicht abgeschlossen sei. Das Helmstedter Revier konzentriert sich dabei besonders auf den Landkreis Helmstedt, der momentan als Pendler-Wohnstandort, v.a. für Beschäftigte der Automobilindustrie, charakterisiert wird. Die Attraktivität der Wohnqualität ist daher ein wichtiges Anliegen, gleichzeitig sollte aber auch ein endogener „Helmstedter“ Arbeitsmarkt entwickelt werden, um eine zu starke Abhängigkeit von einer Branche zu vermeiden. Gleichzeitig ergibt sich aufgrund der Nähe zu den Zentren der Automobilindustrie auch eine Chance, eigene Unternehmen der Zulieferindustrie zu gründen und so Industriearbeitsplätze zu schaffen. Ein weiteres wirtschaftliches Wachstumsfeld könnte – wie auch in den anderen Revieren – die Energiewirtschaft sein. Insgesamt wird eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur für nötig befunden.

Bewertung und Schlussfolgerungen

Die identifizierten Potenziale außerhalb der Braunkohleindustrie fällt in allen vier Revieren sehr ähnlich aus. Dies ist wenig überraschend, da bestehendes Wissen und Kompetenzen genutzt werden sollen und die Standorte der Braunkohleindustrie sich in dieser Hinsicht sehr ähnlich sind.

Neben den identifizierten industriellen Wachstumsfeldern werden in der Studie auch mögliche Handlungsinstrumente genannt, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- **Umschulung und Fachkräftemonitoring:** Um die anfallenden Beschäftigungsverluste aus der Braunkohleindustrie möglichst zielgenau kompensieren zu können ist

es wichtig, nach Qualifikationsniveaus zu unterscheiden und passgenaue Umschulungen anzubieten. Dafür wird ein entsprechendes Monitoring als „obligatorisch“ angesehen.

- **Ausbau von Infrastruktur:** Um eine bessere Anbindung der betroffenen Regionen an urbane Zentren, in denen zumeist andere Unternehmen und Forschungseinrichtungen beheimatet sind, zu erreichen, müssen klassische Verkehrswege modernisiert und ausgebaut werden. Hierbei können neuartige Mobilitätskonzepte bereits berücksichtigt werden. Von einem Ausbau digitaler Infrastruktur dürften die betroffenen Regionen ebenfalls profitieren.
- **Wissenschaftstransfer und Stärkung der Forschungsintensität:** Die Innovationsfähigkeit der Regionen wird als Schlüssel für einen erfolgreichen Strukturwandel gesehen, besonders, wenn vorhandene Kenntnisse aus verschiedenen Branchen auf neue Weise zusammengesetzt werden und so neue Produkte und Dienstleistungen entstehen. Dafür ist einerseits die Förderung des Forschungsvolumens und die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen in den Revieren notwendig, andererseits aber auch die Diffusion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.
- **Gründungsintensität:** Alle Reviere sind von einem geringen Gründergeist geprägt (insb. in den neuen Bundesländern), der jedoch für einen erfolgreichen Strukturwandel unerlässlich ist. Die Schaffung von Gründungs- und Technologiezentren sowie die Förderung von Ausgründungen aus Universitäten und Forschungseinrichtungen sollte daher aktiv vorangetrieben werden.
- **Daseinsvorsorge:** Damit dem Wegfall von Beschäftigung in der Braunkohleindustrie nicht ein Bevölkerungseinbruch in den Regionen folgt, muss die soziale Daseinsvorsorge (Bildung, medizinische Versorgung, etc.) gewährleistet sein.

Um Maßnahmen in diesen Bereichen finanziell zu unterstützen, wird auch eine Überarbeitung von Förderrichtlinien zugunsten der Reviere angeregt, da die vom Braunkohleabbau abhängigen Regionen vor noch größeren Herausforderungen stehen als andere strukturschwache Regionen.

Lang-Neyjahr, Roland -la3 BMAS

Von: Büro, Minister -BMAS
Gesendet: Freitag, 6. Juli 2018 10:32
An: Lang-Neyjahr, Roland -la3 BMAS
Betreff: WG: Bitte um Vorbereitung: Gespräch mit Katherine Reiche am 11. Juli

Von: Wachter, Anne -LS1 BMAS
Gesendet: Mittwoch, 4. Juli 2018 18:13
An: Fazlic, Nermin -I BMAS <Nermin.Fazlic@bmas.bund.de>
Cc: I BMAS <I@bmas.bund.de>; Büro, Minister -BMAS <ministerbuero@bmas.bund.de>; Petzold, Sebastian -LS1 BMAS <Sebastian.Petzold@bmas.bund.de>
Betreff: AW: Bitte um Vorbereitung: Gespräch mit Katherine Reiche am 11. Juli

Der Termin ist bereits am 10. Juli - 10. Juli, 12:00 Uhr reicht aber auch.

Liebe Grüße

Anne

Persönliche Referentin des Ministers
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin
Tel.: 030 18 527 2326
Fax: 030 18 527 2328
anne.wachter@bmas.bund.de

Von: Wachter, Anne -LS1 BMAS
Gesendet: Mittwoch, 4. Juli 2018 17:52
An: Fazlic, Nermin -I BMAS
Cc: I BMAS ; Büro, Minister -BMAS ; Petzold, Sebastian -LS1 BMAS
Betreff: Bitte um Vorbereitung: Gespräch mit Katherine Reiche am 11. Juli

Lieber Nermin,

wie bereits besprochen braucht Hubertus für ein Gespräch mit Katherine Reiche am 11. Juli 2018 eine kurze Vorbereitung zu folgenden Themen:

- 1) Strukturwandel in der Lausitz und im Rheinischen Revier
- 2) Perspektiven, Maßnahmen und Finanzierung
- 3) Arbeitsperspektiven für Arbeitnehmer*innen in der Lausitz angesichts der Situation, dass dort sehr wenig andere Branchen als Aufnahmeplatz zur Verfügung stehen

Ich denke, wir sollten ihm dazu auch noch einmal **einen kurzen Hintergrundvermerk zur Strukturwandelkommission beilegen (Aufstellung, Ziele, Zeitplan)**.

Die Vorbereitung bräuchten wir **bis Montag, den 10 Juli, 15:00 Uhr**.

Danke Dir und liebe Grüße

Anne

Persönliche Referentin des Ministers
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin
Tel.: 030 18 527 2326
Fax: 030 18 527 2328
anne.wachter@bmas.bund.de

Abnehmer →

Schüler, Alumni

↓ KM: ||
→

Daten / Pflichten

L, Mm: Schüler
für

Stütz!

